Cenî Info
Nr. 16
01.12.2012
Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

Schwerpunkt sind die Proteste gegen deutsche Rüstungslieferungen an die Türkei.

Unzählige Waffenexporte, die Beteiligung deutscher Unternehmen an Energiegroßprojekten in kurdischen Gebieten und die deutsche Unterstützung des türkischen Militärs, zum Beispiel durch die Ausbildung von „Anti-Terror-Einheiten", lassen die deutsche Regierung und deutsche Konzerne von diesem Krieg profitieren und machen sie mitschuldig. Kontinuierlich werden Leopard 2 Panzer an den NATO-Partner geliefert und das Sturmgewehr G3 der Firma Heckler &Koch in Lizenz nachgebaut. Und nun sollen deutsche PATRIOT-Flugabwehrraketen und 170 deutsche Soldaten an der türkisch-syrischen Grenze stationiert werden – angeblich zum Schutz der Türkei.
Doch sagen wir ganz klar: Die Türkei ist in diesem Konflikt nicht Opfer, sondern Täterin.
Die Ausbildung, Aufrüstung und logistische Unterstützung der sogenannten Freien Syrischen Armee erfolgt in türkischen Ausbildungslagern, zu denen weder Öffentlichkeit noch Presse Zugang haben. Während die Bundesregierung der Bevölkerung weis machen will, die Stationierung der PATRIOT-Raketen habe rein defensiven Charakter, geht es in Wirklichkeit um die Errichtung einer Flugverbotszone auf syrischem Gebiet. Es geht der Türkei darum, die Selbstverwaltungsstrukturen in Westkurdistan im Keim zu ersticken.
Und das soll mit der deutschen Raketenabwehr abgesichert werden.

Die Kurdischen gebiete

Als Kampagne TATORT KURDISTAN begrüßen wir die positive Entwicklung in den kurdischen Gebieten in Syrien. In vielen Städten Westkurdistans hat die Bevölkerung gewaltlos die staatlichen Institutionen besetzt und die Kontrolle übernommen. Die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) hat in hohem Maße Verantwortung bewiesen, um zumindest im kurdischen Teil Syriens ein Blutvergießen zu verhindern. Und sie hat damit begonnen, das Modell der demokratischen Autonomie umzusetzen. Wir verurteilen die Versuche des türkischen Staates, Westkurdistan durch Terroreinheiten der FSA wie zuletzt in Serêkani zu destabilisieren.
Wir fordern die deutschen Medien auf, über die Entwicklung in Syrien objektiv zu berichten und gezielte Falschmeldungen, wie etwa, die kurdische Bewegung stehe an der Seite des Assad-Regimes, zu unterlassen.

Menschenrechte mit zweilei Maß

Während Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Russland-Besuch vor kurzem Menschenrechtsdefizite medienwirksam ansprach, war beim Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogans Ende Oktober in Berlin nichts zu hören:
Kein Wort zu den 8.000 politischen Gefangenen, die in der Türkei im Rahmen der KCK-Verfahren und Antiterrorgesetze in türkischen Gefängnissen sitzen. Kein Wort zu den 700 Gefangenen, die zu diesem Zeitpunkt im Hungerstreik waren.
Wie kann sich die Türkei als Demokratie bezeichnen, wenn ParlamentarierInnen der Partei für Demokratie und Freiheit, BDP, kritische JournalistInnen, RechtsanwältInnen, Studierende und MenschenrechtsaktivistInnen im Gefängnis sitzen? Diesen Skandal hat die Kampagne „Demokratie hinter Gittern" in die deutsche Öffentlichkeit gebracht. Doch nach wie vor verschließen die verantwortlichen PolitikerInnen ihre Augen, um dem NATO-Partner Türkei nicht auf die Füße zu treten. Gerade deutsche PolitikerInnen, die immer wieder gefordert haben, die KurdInnen sollten aus den Bergen kommen und ihre Interessen politisch vertreten, schweigen dazu, dass dieser Weg durch die KCK-Verfahren versperrt ist.

Kriminalisierung der Kurden in der BRD

Ganz schnell aktiv allerdings werden diese Politiker aber, wenn es darum geht, die Kriminalisierung kurdischer AktivistInnen in Deutschland auf Betreiben der Türkei zu verschärfen.
Kaum hatte der türkische Ministerpräsident Erdogan die Bundesrepublik nach seinem letzten Besuch verlassen und wie immer bei solchen Anlässen eine engere Zusammenarbeit im Kampf gegen die PKK vereinbart , kam auch schon die Umsetzung.
Am 1. November lieferte die Schweiz den Genossen Metin A. auf Antrag der deutschen Bundesanwaltschaft an die Bundesrepublik aus. Und das, obwohl er sich durch einen über 50 Tage andauernden Hungerstreik in einem kritischen Gesundheitszustand befand.
Und das, obwohl über seinen Asylantrag, den er in Haft gestellt hatte, noch nicht entschieden war.

Rechtes und linkes Auge

Während Nazis des „Nationalistischen Untergrunds" (NSU) 10 Jahre unbehelligt und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes mordend durch Deutschland ziehen konnten, können sich politisch aktive KurdInnen auf die Aufmerksamkeit der deutschen Sicherheitsbehörden verlassen: Bespitzelungen, Razzien, Verhaftungen und gewaltsame Übergriffe bei Demonstrationen gehören seit Jahren zum Alltag. Hier würden die Behörden – im Gegensatz zu den Neonazis - nie auch nur ein einziges Dokument vernichten.

Verfolgung nach § 129b

Seit 2 Jahren werden KurdInnen in Deutschland auch nach §129b als Mitglieder einer terroristischen Organisation im Ausland angeklagt.
Wie bei diesen und den weit über einhundert vorhergehenden Prozesse werden die politischen Hintergründe in Kurdistan weitgehend ausgeblendet. Sogenannte Experten des BKA, die als Zeugen geladen werden, geben sogar offen zu, dass sie davon keine Ahnung haben und dass sie das nicht interessiert. Wie bei den KCK-Verfahren in der Türkei geht es auch bei den deutschen §129b-Verfahren nicht darum, den Angeklagten konkrete Straftaten nachzuweisen.

Deshalb bleibt die zentrale Forderung von TATORT KURDISTAN und AZADÎ: Das PKK-Verbot in Deutschland muss aufgehoben werden. Es ist die Ursache für fast alle Probleme, die Kurdinnen und Kurden hier haben.

Quelle AZADI

Kurznachrichten

Resolution zur Unterstützung des Generalstreiks in mehreren südeuropäischen Staaten

Der Landesrat erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit dem am 14. November geplanten Generalstreik in Malta, Zypern, Griechenland, Spanien und Portugal gegen die aufgezwungene Kürzungspolitik der Troika, der EU und nicht zuletzt der Bundesregierung. Wir sehen in dem Abbau der demokratischen und sozialen Rechte der Lohnabhängigen in diesen Ländern einen fundamentalen Eingriff in die Demokratie und in die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen, die weder für die zu geringe Besteuerung der Reichen noch für Zockerei der Akteure auf den Finanzmärkten etwas können. Vielmehr werden sie für die verfehlte Politik in Haftung genommen und wehren sich jetzt völlig zu Recht dagegen. Zu Recht fordern die streikenden Kolleginnen und Kollegen in Südeuropa auch die Solidarität in den anderen europäischen Staaten. Die Kürzungen in Südeuropa sind lediglich eine weitere Runde des Lohndumping-Wettbewerbs, der in Deutschland mit der Agenda-Politik und Hartz IV einen entscheidenden Schritt vorangegangen wurde. Es ist absehbar, dass auf die Kürzungen in Südeuropa eine weitere Kürzungsrunde in Deutschland und in anderen Staaten folgen wird. Insofern ist es falsch, wenn FDP, CDU, SPD und Grüne einmütig erklären, dass es ihrer Politik zu verdanken sei, dass die Beschäftigten in Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gekommen seien. Wir begrüßen, dass sich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) der Kürzungspolitik entgegenstellt und zu europaweiter Solidarität aufruft. Auch wenn hierzulande bei vielen Beschäftigten das Gefühl dominant ist, bislang gut durch die Krise gekommen zu sein, und daher eine Mobilisierung sicherlich nicht einfach ist, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass auch hier Soli-Aktionen stattfinden:

- Wir bitten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, in ihren lokalen Gliederungen dem DGB die Durchführung von Soli-Aktionen vorzuschlagen.

Protestnote an Nobelpreiskomitee bezüglich der Vergabe des Friedensnobelpreises an die EU

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchten wir unseren ausdrücklichen Protest gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU zum Ausdruck bringen.
Angeblich sei die EU ein Raum frei von Kriegen. Das stimmt keinesfalls !
Nach 2 verheerenden Weltkriegen mit Millionen Toten führten die in die NATO eingebetteten EU-Staaten einen gegen die UNO-Charta und Artikel 1 des NATO-Vertrages selbst verstoßenden NATO –Aggressionskrieg gegen Jugoslawien unter Anwendung gegen die Genfer Konventionen verstoßenden Waffen, einschließlich radioaktiver Granaten und-bomben.
Besonders der Einsatz von radioaktiven Bomben (DU) durch die NATO-Truppen in Jugoslawien1999 und überall in gegenwärtigen Kriegsgebieten, bedeutet auf weitere Jahrtausende unermesslich viele Tote, auch im Kosovo, den man ja zu „verteidigen" vorgab, hervorgerufen durch ständig steigende Krebserkrankungen und Immunschädigungen der dortigen Bevölkerung, sowie der Weltbevölkerung, im globalen Maßstab !
Darüberhinaus wurde mit Unterstützung von führenden EU-Staaten der souveräne Gründungsstaat der UNO, Jugoslawien, in von ihnen provozierten Bürgerkriegen in viele Teilstaaten zerstückelt. So sanktionierte die EU die Abtrennung des Kosovo, eines über Jahrhunderte zugehörigen Teils von Serbien.Entgegen dem Waffenstillstandsabkommen zwischen NATO und der serbischen Staatsführung im Jahre 1999, dem UNO-Sicherheitsbeschluss 1244 und gültigem Völkerrecht, haben seit 2008 fast alle EU-Staaten der staatlichen Abtrennung des Kosovo von Serbien , sowie dessen staatlicher Unabhängigkeit, zugestimmt, was wohl kaum der Friedenserhaltung in diesem Raume, bzw. in der Welt, dient.im Gegenteil !
Unter Aufsicht von UNMIC und sogenannten UNO-Blauhelmsoldaten hat auch die EU zugelassen, dass NACH dem Abkommen 1244 die, nunmehr von der UNO gesponserte, UCK weiterhin gegen Nichtalbaner vorgehen konnte, was zur Vertreibung und Auswanderung von Hunderttausenden Serben, Roma u. Mitgliedern anderer Ethnien im Kosovo geführt hat.
Gegen den Widerstand von serbischen und albanischen Arbeitern wurde das volkseigene Trepca-Werk von NATO-Soldaten besetzt und ist nunmehr in den Händen internationaler, vor allem US- Konzerne. In diesem Gebiet lagern übrigens die größten Kohlevorkommen Europas und andere wichtige Rohstoffe. Um diesen Raub zu sichern, befindet sich der weltgrößte, außerhalb den USA gelegene, US-Militärstützpunkt im Kosovo !
In die, besonders nach dem 11. September 2001, nunmehr weltweit geführten NATO-Kriege, sind die EU-Einsatztruppen eingeschlossen. Sie sind unter der verlogenen Prämisse Responsibility to Protect (Verantwortung zu schützen!) in mehreren Teilen der Welt stationiert und leisten unter US-Aufsicht direkte, bzw. indirekte militärische „Hilfe" gegen Länder, die ein anderes Gesellschaftssystem als die „westliche Wertegemeinschaft" vertreten.
•Zu nennen wären in diesem Falle u.a. der verbrecherische Aggressionskrieg gegen Libyen im Jahre 2011, an dem sich auch EU Staaten beteiligten,
•der gegenwärtige durch die EU indirekt und direkt unterstützte Bürgerkrieg auf Seiten der Opposition, mit dem Ziel des Sturzes der gewählten syrischen Staatsführung,
•sowie die Verschärfung von Sanktionen gegen Syrien und den Iran, was einem kriegstreiberischen und völkermörderischem Akt gleichkommt.

Der Lissabon-Vertrag, als Quasi-Verfassung der EU, mit der Verpflichtung seiner Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung, ist alles andere als ein „Friedensakt" !
Während die EU im Zusammengehen mit der NATO Bürgerkriege in rohstoffreichen Ländern provoziert und schließlich in gemeinsam geführten Aggressionskriegen die in der UNO-Charta garantierten Souveränitätsrechte von Staaten verletzt(stellvertretend für andere Staaten sollen hier nur die EU/NATO geführten Interventionskriege gegen Jugoslawien, die EU/NATO Kriege gegen den Irak, den EU/NATO Krieg gegen Afghanistan, den EU/NATO Krieg gegen Lybien, sowie den EU/NATO-Krieg gegen Syrien im Inneren des Landes genannt werden) und dadurch Millionen von Toten billigend in Kauf nahm und nimmt, sichert das Frontex-Grenzregime gleichzeitig seine Grenzen von unliebsamen Flüchtlingen ab, was bereits zu mehr als 20 000 Toten an den EU-Außengrenzen geführt hat.

Was bleibt also von der sogenannten "friedenserhaltenden Rolle" der EU übrig ?

Als eine den Interessen der USA sich unterordnende EU, verfolgt sie innerhalb der NATO eine gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Kriegspolitik, die nach außen vor allem gegen DIE Entwicklungsländer gerichtet ist, die ein ANDERES , als das westliche, Gesellschaftssystem repräsentieren.
Alle Friedenskräfte in unserem Lande und weltweit kämpfen seit Jahrzehnten gegen die, auch von der EU innerhalb der NATO, vertretene Kriegspolitik, die oft, wie im Falle Jugoslawiens, dem Irak, Afghanistan, Lybiens und jetzt in Syrien, in Bürgerkriege mündet und schließlich in NATO-Aggressionskriege umschlägt.

Da der Beschluss des Nobelpreiskomitees, der EU den Friedensnobelpreis zuzuerkennen, auch den Beschlüssen der Antihitlerkoalition von Potsdam (Potsdamer Abkommen) 1945 widerspricht, fordern wir das Nobelpreiskomitee auf, ihren Friedensnobelpreis an die EU zurückzuziehen !

U.Palka und B.Queck „Mütter gegen den Krieg BerlinBrandenburg
"www.natotribunal.de/mgdk.htm
Klaus Hartmann, Deutscher Freidenker-Verband
Oberstudienrat Rudolf Palmer für den Arbeitskreis Friedenspolitik-Atomwaffenfreies Europa e. V.;
Freimut Seidel Botschafter a.D. ;
Luz María de Stéfano Zuloaga de Lenkait, chilenische Rechtsanwältin und Diplomatin a.D.;
Jan Lenkait;Heinz Langer, Botschafter a.D.;
Frank Ehrhardt;
DKP Potsdam und Umland;
Diplomjurist Alfred Fritz für die KPD;
Gerd Hommel im Namen des RFB ;
Anneliese und Andreas Fikentscher, Arbeiterfotografie;Marlies Leonhardt und Jürgen Kuhlmann von der Gabeler Friedensinitiative;
Rechtsanwalt Hans Bauer für die GRH e.V.;
Jürgen Polinske, Literaturkreis Berlin;
Dr. sc.Dr.h.c. Kurt Gossweiler, Historiker;
Christian Beyer , Berlin;

Protest gegen die Festnahme von Eylem Yildiz, Vertreterin der Demokratischen Frauenbewegung.
Eylem Yildiz, Vertreterin der Demokratischen Frauenbewegung in Istanbul wurde am 13.November in der Türkei festgenommen, sie war auch eine der Teilnehmerinnen an der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Caracas/Venezuela 2011.
Wir haben erfahren, dass insgesamt 60 Leute aus 14 Städten am selben Tag und um dieselbe Uhrzeit in Untersuchungshaft genommen wurden, davon15 Frauen. Die türkische Regierung hat am dem Tag eine systematische Durchsuchung und Festnahme aktiver demokratischer Frauen und Jugendlicher in den Städten Dersim, Ankara, Istanbul, Mersin, Kayseri, Zoguldak, Antalya, Usak, Sivas, Diyarbarkir, Canakkale und Isparta durchführen lassen und 31 Menschen festgenommen. Während die Türkei behauptet, sie würde demokratisch werden, nehmen die Razzien an Journalisten, Frauenaktivistinnen und der Jugend zu. Eylem wurde mit weiteren 4 Frauen in Izmir Aliaga Sakran in das Frauengefängnis gebracht. Nun soll ihnen den Prozess gemacht werden, weil sie politische und revolutionäre Arbeit machen. In der Türkei sind über längere Zeit mehrere Operationen durchgeführt worden. Konkrete Begründungen gibt es nicht. Eylem und andere Frauen sind Aktivisten der Demokratischen Frauenbewegung.Wir Weltfrauen Europas protestieren entschieden gegen diese Willkür und die Unterdrückungsmethoden der türkischen Regierung und fordern die sofortige Freilassung der Frauen und aller Menschenrechtsaktivisten!Wir verurteilen und kritisieren die undemokratischen Methoden der türkischen Regierung gegenüber Frauen und Männern, die sich für echte demokratische Rechte einsetzen.
Kämpferischer Frauenrat und das Europakomitee für die Weltfrauenkonferenz Christian Schröder, Angélica Urrutia Anne Wilhelm

Cenî Info

erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:
Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715